

These 3 – Hanspeter Kriesi:

Wir sollten uns von der Konkordanz verabschieden

Die Schweiz sollte zu einem System mit Regierung und Opposition übergehen, findet der Politologe Hanspeter Kriesi. Das Sorge für klare Verantwortungen und helfe den Bürgern, sich zu orientieren. Interview Michael T. Ganz

Hanspeter Kriesi, seit gut zwanzig Jahren wird in der Schweiz politisch polarisiert. Was gab den Ausschlag für die Veränderung der Parteienlandschaft?

Kriesi: Die entscheidende Rolle spielte die SVP. Traditionell war die SVP eine Bauern- und Gewerbetypenpartei. Anfang der Neunzigerjahre wurde sie zu einer konservativen Rechtspartei. Ihr Probelalopp war die Opposition zum Unob-Beitritt der Schweiz 1986, ihre Feuerprobe 1992 dann der Abstimmungskampf zum EWR, der längste und teuerste in der Schweizer Geschichte. Damals hebelte die SVP die gesamte politische Elite aus. Mit 50,3 Prozent Nein war das Ergebnis zwar knapp, aber es bedeutete den Startschuss für den Aufstieg. Innerhalb zehn Jahren verdreifachte die SVP ihren Wähleranteil und wurde zur grössten Partei. Für Schweizer Verhältnisse ein Erdbeben, das die gesamte Parteienlandschaft erschütterte.

Und wie gelang es der SVP, in einem Jahrzehnt so viele Wählerinnen und Wähler zu gewinnen?

Kriesi: Indem sie die Frage nach unserem Verhältnis zum Ausland, speziell zur Europäischen Union aufwarf. Später weitete die SVP den Themenbereich auf Immigrationsfragen aus und spitzte ihn in der jüngeren Vergangenheit auf den Islam zu. Die SVP thematisiert also die Befindlichkeit der eigenen Nation im internationalen Umfeld und ist damit die Schweizer Variante des europaweiten Phänomens Rechtspopulismus.

Genau wie der Front National in Frankreich, die Lega Nord in Italien, der Vlaams Belang in Belgien oder die FPÖ-BZÖ in Österreich. Alle diese Rechtspopulisten haben dasselbe Programm: nationalistische Abschottung gegen aussen, und zwar eher in politischer und kultureller als in wirtschaftlicher Hinsicht. Christoph Blocher ist ja schliesslich Grossunternehmer.

Was ist denn der Nährboden für den neuen Rechtspopulismus in Europa und in der Schweiz?

Kriesi: Meiner Meinung nach die zunehmende Globalisierung. In Europa bedeutete dies vor allem die Öffnung nationalstaatlicher Grenzen, die viele Menschen als Schutz empfunden haben. Die Reaktion auf die Öffnung war die Renationalisierung – rote T-Shirts mit Schweizerkreuz und dergleichen. Es gibt eine Art Renaissance des Nationalismus. Der Widerstand richtet sich dabei vorab gegen die kulturelle Bedrohung durch das Fremde. Und gegen die politische Bedrohung, die Aushöhlung der direkten Demokratie, wenn die «Vögte von Brüssel» über uns bestimmen. Selbst dem schwächsten Mitglied bringt die Solidaritätsgemeinschaft der Nation noch einen gewissen Status. Wenn die Nation an Bedeutung verliert, meinen auch ihre Mitglieder, an Status zu verlieren.

Die SVP traf mit ihren Kampagnen also einen etwas trivialen wunden Punkt?

Kriesi: Ja. Und dieser Punkt ist hierzulande ganz besonders wund, weil die Schweiz stets

neutral war und abseits stand. Wir Schweizer haben – durchaus zu Recht – das Gefühl, damit immer gut gefahren zu sein. Wir hielten uns aus beiden Weltkriegen heraus, so wie wir uns schon aus den Religionskriegen des 17. Jahrhunderts herausgehalten hatten, und wir fuhren gut damit. Was wir aber oft nicht realisieren: Die Bedingungen in Europa sind heute sehr anders als damals. Auch wenn die Schweiz nicht zur EU gehört, so ist sie doch stark vom europäischen Umfeld abhängig. Es gibt den Begriff des «autonomen Nachvollzugs»: Wir sind zwar autonom, vollziehen aber alles nach, was Brüssel beschliesst.

War die Parteienlandschaft vor dem Rechtsrutsch der SVP denn nie polarisiert?

Kriesi: Nein, in diesem Ausmass nicht. Die Schweiz ist ein Land des Konsens und der Kompromisse, man hat sich stets zusammengerauft. 1959 entstand die grosse Koalition der vier Bundesratsparteien. Da zogen alle am gleichen Strick – mit Ausnahme der SP, die in sozialpolitischen Fragen punktuell opponierte. Bei der SVP ist das heute aber anders: Sie macht systematisch Opposition und denunziert ihre Koalitionspartner dabei als Nette, Linke oder Heimatmüde. Ihre Konzepte sind zügig und treiben die Polarisierung munter voran.

Zur Person

Hanspeter Kriesi (62) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Zürich und Direktor des Nationalen Forschungsschwerpunktes Demokratie (NCCR Democracy).

Kontakt: hanspeter.kriesi@ipz.uzh.ch

Die SVP gibt sich urschweizerisch, gefährdet mit ihrer Polarisierung aber gleichzeitig das urschweizerische Konkordanzprinzip. Ein Paradox?

Kriesi: Das kann man sagen. In ihrer Vorgehensweise ist die SVP nämlich alles andere als urschweizerisch. Ihre professionellen Parteikampagnen etwa sind absolut untypisch für unser Land. Schweizer Parteien waren traditionell in den Kantonen und Gemeinden verankert, also dezentral. Bis vor kurzem galt das Schweizer Parteiensystem als das mit Abstand am wenigsten nationalisierte in ganz Europa. Die Sozialdemokraten waren zwar früher auch schon geschlossen tätig, aber erst die SVP führte zentralisierte Kampagnen von Bern oder Zürich aus und nationalisierte damit das Parteiensystem, entgegen allen Schweizer Traditionen.

Die Polarisierung hat die politische Mitte in eine völlig neue Position versetzt. Man sagt, die Mitteparteien drohten zu zersplittern.

Kriesi: Das Problem der politischen Mitte ist nicht ihr Zersplittern, sondern ihr Schrumpfen. Denn die SVP legte auf Kosten der zwei grossen Mitteparteien CVP und FDP zu, während sich die Linke lange relativ gut hielt. Der Niedergang der Mitteparteien begann übrigens schon Ende der Achtzigerjahre. Die CVP litt unter der Säkularisierung der Politik, die FDP unter der Schwächung des liberalen Ideals. Dass sich die FDP überhaupt so lange halten konnte, liegt einzig daran, dass sie es war, die den modernen Schweizer Staat baute. Lange war die FDP staatstragende Partei, ihr Niedergang begann, als sie sich von ihrem eigenen Werk distanzierte. «Mehr Freiheit, weniger Staat» – das war der Sündenfall. Und dennoch: Im Ständerat haben CVP und FDP zusammen immer noch die Mehrheit. Ohne CVP und FDP geht in der Schweiz weiterhin nichts.

Es gibt inzwischen aber auch noch andere Mitteparteien als die CVP und FDP. Welche Rolle spielen sie im Schweizer Parteiengefüge?

Kriesi: Die BDP hat meiner Meinung nach keine Existenzberechtigung, weil sie sich politisch nicht stark genug von den herkömmlichen Mitteparteien unterscheidet. Sie wird deshalb wohl mit der FDP oder der CVP fusionieren. Die Grünliberalen sind zwar eine neue Kraft, es gab sie im Grunde

aber schon früher – als Landesring der Unabhängigen. Auch der LdU war eine kleine Mittepartei, doch sprach damals niemand von Zersplitterung. Das ist ein Modewort der Journalisten. Tatsache ist, dass die Mitte kleiner wird, und deshalb muss sie, um überlebensfähig zu sein, Koalitionen mit Rechts oder Links eingehen. Und im Gegensatz zu den Polparteien SP und SVP haben Mitteparteien ja die Möglichkeit, sich beim einen oder anderen Flügel anzulehnen.

Mitteparteien funktionieren also nur, wenn sie zu Konzessionen bereit sind?

Kriesi: Das ist das Wesen der schweizerischen Konkordanz. Man holt sich auch jene Parteistimmen, die für die Bildung einer Mehrheit nicht zwingend nötig sind. Solche grossen Koalitionen

«Ein Bundesrat, der eine Meinung vertritt, die er nicht teilt, ist demokratisch gesehen ein Problem.»

stehen im Gegensatz zu den «minimal winning coalitions», wie man sie aus dem Ausland kennt. Grosse Koalitionen binden gegnerische Parteien ein und zwingen sie damit nicht in die Opposition. Die Alternative, nämlich ein Regierungs-Oppositions-System, wäre für die Schweiz untypisch. Beim Regieren will man hierzulande alle Parteien mit im Boot haben.

Aber SP und SVP sind doch heute schon sowohl Regierungs- als auch Oppositionsparteien?

Kriesi: Ja. Und auch die FDP macht Opposition, wenn sie wie kürzlich eine Initiative gegen das Verbandsbeschwerderecht lanciert, das zuvor von einer Mehrheit im Parlament angenommen wurde. Und selbst die CVP versucht, sich mit familienpolitischen Vorstössen zu profilieren. Keine Partei verhält sich heute noch so loyal zur Regierung wie früher.

Und ist das nun der Anfang vom Ende der urschweizerischen Konkordanz?

Kriesi: Schon 1975 erschien ein Buch, das die Konkordanz begrub und für einen Systemwechsel plädierte, fast vierzig Jahre später sind wir wieder am gleichen Punkt. Mein Eindruck ist folgender: Eine Regierung, die in zentralen Fra-

gen wie dem EU-Beitritt entgegengesetzte Standpunkte einnimmt, ist nicht gut für ein Land. Besser wäre ein homogeneres Team, das Ziele vorgibt und einen gangbaren Weg skizziert. In der Schweiz geht das nur, wenn man die eine oder andere Partei aus dem Bundesrat wirft. Das muss nicht für immer sein, aber versuchen sollte man es einmal. Doch mein Vorschlag ist chancenlos: Die regierende Elite der Schweiz kann sich ein Regierungs-Oppositions-System nicht vorstellen.

Gibt es denn – um möglichst schweizerisch zu bleiben – keinen Kompromiss zwischen Konkordanz und Regierungs-Oppositions-System?

Kriesi: Doch. Eine Mitte-Links-Regierung könnte die Grünen, die GLP und die BDP einbinden,

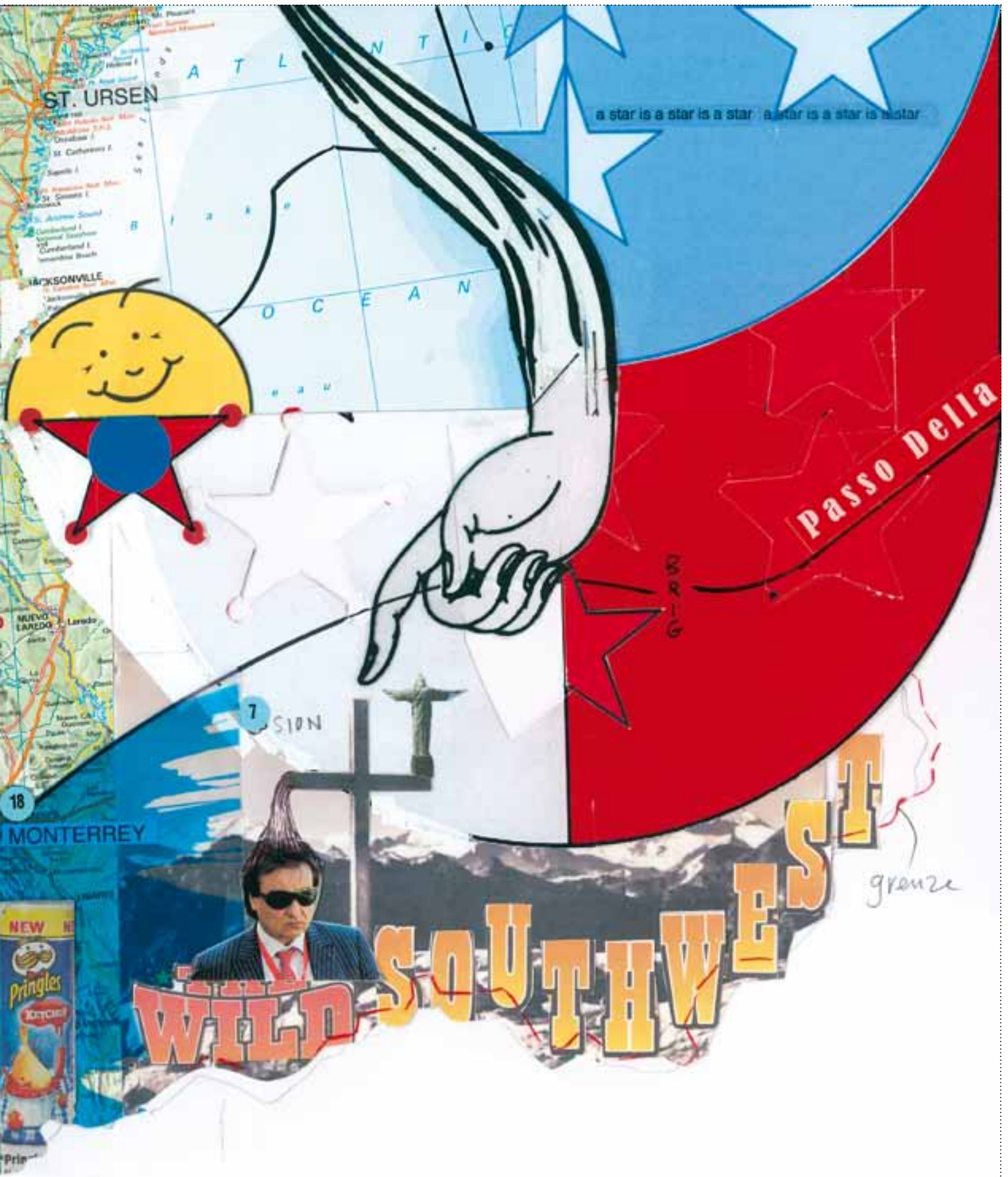
obwohl es diese Parteien für eine «minimal winning coalition» nicht bräuchte.

Eine mittelgrosse Mitte-Links-Koalition also im Sinne der alten Konkordanz.

Kriesi: Die SVP wäre auch bei dieser Lösung nicht in der Regierung, sondern in der Opposition. Das würde meiner Ansicht nach allerdings nicht allzu viel ändern, weil die SVP ja heute schon systematisch die Oppositionsrolle spielt. Eine analoge Lösung unter Ausschluss von SP und Grünen könnte man sich für eine Mitte-Rechts-Regierung vorstellen.

Und welches wären die Vorteile eines solchen Regierungs-Oppositions-Systems?

Kriesi: Klare Verantwortung. Das ist ein zentraler Aspekt der Demokratie. Der Bürger muss einem Entscheidungsträger Verantwortung zuschreiben können. Voraussetzung dafür ist Transparenz. Der Bürger muss wissen, wer wo steht und wer wofür verantwortlich ist. Ein Bundesrat, der eine Meinung vertritt, die er nicht teilt, ist demokratisch gesehen ein Problem. Sind Parteien gleichzeitig in der Regierung und in der Opposition, verlieren die Bürger die Orientierung. So meinen viele Schweizer etwa, die SVP sei keine



extreme Partei. Ein Journalist fragte mich kürzlich, ob es der SVP nicht schade, wenn ihr Nationalrat Oskar Freysinger den «Rechtsextremen» Gerd Wilders als Referenten in die Schweiz hole. Ich sagte ihm, die Frage sei müsig, denn dieser «rechtsextreme» Wilders vertrete genau dieselben Ansichten wie die SVP.

Es gibt Stimmen, die sagen, politische Polarisierung sei gar nicht so schlecht.

Kriesi: Ist sie auch nicht. Polarisierung fördert das Interesse an der Politik. Seitdem die SVP polarisiert, steigt in der Schweiz die Stimmbeteiligung – auf tiefem Niveau, aber immerhin. Die Mitteparteien haben die Tendenz, reale Konflikte wie den EU-Beitritt, also den klaren Entscheid für drinnen oder draussen, unter den Teppich zu wischen. Diesen Entscheid werden wir aber früher oder später fällen müssen, denn die Strategie der Bilateralen Verträge läuft sich tot. Schlecht ist aber, wenn Polarisierung und Konkordanz nebeneinander existieren. Das geht nicht zusammen.

Und um nochmals auf Ihre These zurückzukommen: Warum wird gerade in der Schweiz politisch polarisiert wie nirgendwo sonst?

Kriesi: Peter Bichsel hat einmal gesagt: Wir leben in der Legende, die man um uns gemacht hat. Wir Schweizer wännen uns in der besten aller Welten. Es geht uns ja auch sehr gut. Aber wir haben eine Leiche im Keller: unser Verhältnis zum internationalen Umfeld. Dabei sind wir ja durchaus weltoffen, so liegt zum Beispiel der Anteil binationaler Ehen hierzulande bei 50 Prozent. Wir sind bestens mit der Welt vernetzt, tun aber so, als wären wir es nicht. Und wir haben in der Vergangenheit Mythen kreiert, die uns in dieser Geisteshaltung bestärken, den Tell-Mythos, den Morgarten-Mythos, den Réduit-Mythos. Die Konkordanz ist auch ein solcher Mythos. Dabei ziehen wir Schweizer doch längst nicht mehr am selben Strick. Dennoch verteidigen wir den Konkordanz-Mythos mit Mitteln, die der realen Entwicklung zuwiderlaufen. Wäre die Schweiz, so schrieb Adolf Muschg schon 1979, ein Individuum, müsste man von neurotischem Verhalten und Realitätsverleugnung reden. Dieser Zustand sei gemeingefährlich.



These 4 – Francis Cheneval:

Die Neutralität ist eine Maske

Die Schweiz sollte mit der EU Beitrittsverhandlungen aufnehmen, sagt Philosophieprofessor Francis Cheneval. Den Bilateralismus werde die EU auf Dauer nicht akzeptieren können. Interview Thomas Gull

Francis Cheneval, sind Sie Patriot?

Francis Cheneval: Ja, sicher.

Was zeichnet einen Patriot aus?

Cheneval: Ein Patriot ist jemand, der gut verwurzelt ist in einem politischen Gemeinwesen. Ich bekam als Sohn eines schweizerischen Berufsoffiziers den Patriotismus gewissermassen als Bluttransfusion verabreicht.

Sie sind der Ansicht, die Schweiz müsste jetzt Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnehmen. Weshalb gerade jetzt?

Cheneval: Die Idee dahinter ist, dass die Schweiz, der es gut geht, in einer starken Verhandlungsposition wäre, während die EU in der Krise steckt. Deshalb wäre der Moment gut, um mit der EU ein vorteilhaftes Arrangement auszuhandeln.

Wie würde aus Ihrer Sicht ein vorteilhaftes Arrangement aussehen?

Cheneval: Ein vorteilhaftes Arrangement wäre zum Beispiel das Privileg der frühen Mitgliedschaft wie es Grossbritannien und Schweden ausnutzten, um dem Euro nicht beitreten zu müssen. Länder, die später dazu kamen, hatten diese Optionen nicht mehr.

Würde das bedeuten, dass die Schweiz beispielsweise bei der Rettung Griechenlands und des Euros nicht mithelfen müsste?

Cheneval: Nicht unbedingt, die Schweiz hilft ja über den IWF mit. Die Vorteile wären eine eigene

Währung und eine eigenständige Zinspolitik. Trotzdem wäre die Schweiz in allen relevanten Institutionen der EU vertreten.

Im Moment steckt die EU in der Krise, während es der Schweiz vergleichsweise gut geht. Weshalb sollten wir etwas ändern?

Cheneval: Das Problem ist, dass die Bilateralen Verträge keine nachhaltige staatspolitische Option sind. Sie sind eine Bastelei auf hohem Niveau. Ich vergleiche das mit dem Mani-Matter-Lied «I ha en Uhr erfunde, wo geng nach zwone Schtunde bliibt stah»: Die Bilateralen Verträge sind zwei Stunden, nachdem sie unterzeichnet werden, bereits überholt.

Die EU-Diskussion ist ein Tabu. Wie erklären Sie sich, dass die politische Elite in diesem Land sich nicht getraut, das Verhältnis zur EU zu thematisieren?

Cheneval: Der Rückhalt in der Schweizer Bevölkerung für einen EU-Beitritt ist im Moment sehr gering, das wissen die Politiker. Damit ist keine Wahl zu gewinnen. Doch es gibt eine Begründung, die etwas tiefer geht: Die «grosse Erzählung» der Schweiz definierte Europa immer wieder als das signifikante Andere: gegen das Römische Reich Deutscher Nation haben wir die Eidgenossenschaft gegründet, gegen autoritäre oder halbdemokratische Staaten bildeten wir die direkt-demokratische Republik, gegen die sozialistische Misswirtschaft europäischer Länder konstituierten wir die Schweiz als liberalen Staat mit bürger-